**Pressemitteilung 10.4. 2014**

Am heutigen Donnerstag, den 10.April 2014, gründete sich in Schwäbisch Hall das  
Bündnis „Stopp TTIP - Bündnis gegen das Freihandelsabkommen EU – USA im Landkreis Schwäbisch Hall“. Als Mitgliedsorganisationen des Gründungstreffens kamen zusammen:  
attac SHA, Bioland (?), Bündnis Gentechnikfreies Hohenlohe, Bürgerforum SHA, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND)OV SHA, Energie-Initiative Kirchberg, Hohenloher Franken, isl, Mehr Demokratie wagen, Radio Sthoerfunk, Umfairteilen SHA, Umweltzentrum, Zeitgenossenschaft.

Im Rahmen dieses Gründungstreffens beschloss das Bündnis folgendes  
Selbstverständnis:

Derzeit verhandelt die Europäische Kommission mit den USA und Kanada über  
zwei sogenannte Freihandelsabkommen: TTIP (Transatlantic Trade and  
Investment Partnership) und CETA (Comprehensive Economic and Trade  
Agreement ). Diese Verhandlungen werden unter Ausschluss der  
Öffentlichkeit geführt, gleichzeitig fungieren allerdings Wirtschaftslobbyisten als Berater und nehmen ohne demokratisches Mandat erheblichen Einfluss auf die  
Verhandlungen.

Unser lokales Bündnis hat das Ziel, gemeinsam mit den Hohenloherinnen und Hohenlohern und gemeinsam mit vielen verschiedenen Gruppen in Europa und Nordamerika TTIP und CETA zu verhindern. Wir fordern den sofortigen und endgültigen Stopp der intransparenten und undemokratischen Verhandlungen.

Es besteht nicht nur die Gefahr, dass durch die Abkommen Verbraucherschutz- und Umweltstandards sowie Arbeitnehmerrechte deutlich geschwächt werden. Es geht nicht nur um die drohende Einfuhr von amerikanischen Chlorhähnchen und Hormonfleisch, den ungehinderten Anbau von gentechnisch veränderten Nutz-Pflanzen, den Wegfall von Kennzeichnungsregeln für Lebensmittel oder Fracking-Gas. Es geht nicht nur darum, dass Arbeitnehmerrechte auf das Niveau amerikanischer Südstaaten verschlechtert werden könnten.

Insbesondere besteht die Gefahr, dass die Demokratie in unserem Land schwer beschädigt wird, weil Banken und Konzerne ein Klagerecht gegen Staaten vor privaten Schiedsgerichten erhalten sollen. Private Sondergerichte sollen entscheiden dürfen, ob ein Konzern oder eine Bank durch Gesetze vom Volk gewählter Parlamente negativ betroffen sind und dafür Schadensersatz in Milliardenhöhe von diesem Staat bekommen sollen.

Kandidatinnen und Kandidaten für das EU-Parlament, die TTIP oder CETA befürworten, sind für uns nicht wählbar. Demokratie und Rechtsstaat sind nicht verhandelbar. Einen kalten Verfassungsbruch werden wir nicht hinnehmen!